



Der Streit geht weiter

Entschieden ist wieder nichts. Der Streit zwischen der Verwaltung und dem Gemeinderat in Altrip über die Berechnung der Erschließungsbeiträge an der Blauen Adria geht in die Verlängerung. Der Rat wollte in seiner Sitzung am Mittwoch wieder nicht dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Jetzt ist wieder die Kommunalaufsicht am Zug.

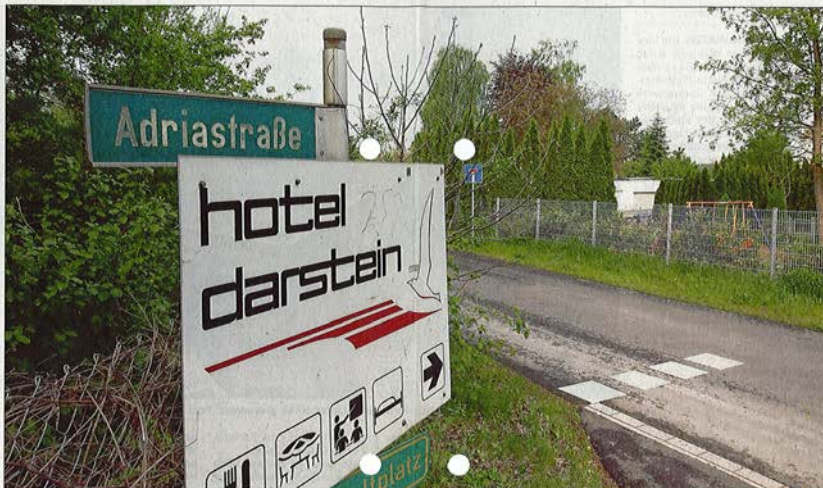
VON CHRISTIAN TREPTOW

ALTRIP. Der Abend beginnt für die Verwaltung eigentlich nicht schlecht. Noch vor dem Einstieg in die Tagesordnung wird über eine Ergänzung zum nicht öffentlichen Teil abgestimmt – die Entscheidung geht einstimmig und harmonisch von staten. Doch schon beim ersten Tagesordnungspunkt kippt die Stimmung. Da befasst sich der Gemeinderat mit den Erschließungsbeiträgen für die Gebiete „Außerer Wörth“, „Schwanenweiher“ und das Sondergebiet „Strandhotel Darstein“ im Naherholungsgebiet Blaue Adria.

Seit Oktober 2011 schwelt der Streit zwischen Verwaltung und Altrip-Gemeinderat darüber, wie diese Beiträge zu berechnen sind. Seitdem wartet die Gemeinde darauf, die korrekten Bescheide über die Erschließungsbeiträge verschicken zu können, finanziert seitdem 1,3 Millionen Euro vor. Genauer auf den Sachverhalt eingehen will Bürgermeister Jürgen Jacob nicht: „Ich denke, Sie kennen die ganze Sache. Das brauche ich Ihnen nicht vorlesen.“ Es gibt keinen Laut der Missbilligung.

Der Bürgermeister hat den Beschluss des Gemeinderates vom 20. April ausgesetzt, weil er nach Jacobs Ansicht rechtswidrig ist. Und das nicht zum ersten Mal: Bereits im vergangenen Jahr war er so verfahren (wir berichteten). Die Kommunalaufsicht hatte ihm damals Recht gegeben. Ein von der Gemeinde eingeschalteter Experte kam zu der Ansicht, dass die Verwaltung den besten und sichersten Weg aufgezeigt hatte. Die Ratsmehrheit ließ das jedoch kalt. Angeführt von CDU und FWG wollte sie eine andere Beitragsatzung für das Gebiet durchbringen. Damit hätte sie aber nach Meinung der Verwaltung das Strandhotel besser gestellt als die restlichen etwa 200 Anwohner.

Jürgen Jacob fragt nach Wortmeldungen. In den knapp zwei Sekunden, in denen sich niemand meldet, herrscht fast gespenstische Stille. Der eine oder die andere hätte wohl gerne etwas gesagt, das ist zu spüren. Doch Wortmeldungen gibt es



In den Gebieten „Außerer Wörth“, „Schwanenweiher“ und im Sondergebiet „Strandhotel Darstein“ herrscht immer noch Unklarheit über die Höhe der Erschließungsbeiträge. Jetzt muss die Kommunalaufsicht entscheiden. FOTO: LENZ

nicht. Und so lässt die Verwaltung abstimmen – namentlich. Auch Frank Darstein (FWG), Betreiber des Strandhotels, stimmt mit. Auf Jacobs Frage, ob er sich befangen sehe bei der Abstimmung, antwortet er klar: „Nein.“ Peter Schunk (SPD) hat aber doch noch eine Frage, bevor votiert wird: „Was passiert, wenn der Rat wieder den Verwaltungsvorschlag nicht annimmt? Geht es dann wieder an die Kreisverwaltung?“ Dafür gibt's von Jacob ein knappes „Ja.“ Mit der Ergänzung: „Aber irgendwann ist auch mal Schluss.“

Auch die namentliche Abstimmung bringt nicht das von der Verwaltung erhoffte Ergebnis. Der Ge-

meinderat beharrt auf seinem Beschluss vom 20. April. Über den Zuschauerplätzen sieht man Fragezeichen aufsteigen. Was passiert jetzt? „Der Beharrungsbeschluss ist gefasst. Das verpflichtet uns dazu, das Ganze an die Kommunalaufsicht weiterzugeben“, informiert Joachim Loch, Büroleiter der Gemeindeverwaltung, im RHEINPFALZ-Gespräch am Tag darauf. Die Aufsicht entscheidet, ob die Aussetzung des Beschlusses richtig ist. „Dieses Ping-Pong-Spiel könnte noch bis zum St.-Nimmerleins-Tag weitergehen“, sagt Jürgen Jacob. Die Verwaltung will nun eine Entscheidung auf anderem Weg bekommen.

Joachim Loch zeigt zwei Möglichkeiten auf: eine kommunalaufsichtliche Anordnung, oder die Einsetzung eines staatlichen Beauftragten. Beides will die Gemeinde bei der Kommunalaufsicht beantragen, sagt Jürgen Jacob. Die Aufsicht solle dann das geeignetste Mittel in diesem Fall wählen.

Bei der kommunalaufsichtlichen Anordnung, erklärt Loch, würde der Gemeinderat eine Anweisung bekommen, wie zu entscheiden ist. Diese sei aber justizabel, heißt: die Streit-Parteien könnten sich schnell vor dem Verwaltungsgericht gegenüberstellen. Auch eine Beschlussfassung durch einen staatlichen Beauf-

tragten könnte in dem Gang vors Gericht münden. „Ich vermute, dass wir – wie beim Polder – wieder Rechtsgeschichte schreiben“, sagt der Bürgermeister.

So weit muss es nicht kommen. Egal wie die Kommunalaufsicht entscheidet wird, FWG-Fraktionschef Uwe-Peter Schreiner hat im RHEINPFALZ-Gespräch im Vorfeld der Ratssitzung angekündigt, dass er diese Entscheidung akzeptieren wird.

Eine nicht unerhebliche Frage stellt übrigens ein Zuschauer in der Einwohnerfragestunde: „Was passiert mit den zusätzlichen Kosten, die anfallen?“ Jacob: „Die müssen die Bürger der Gemeinde tragen.“

RHEINPFALZ
11. MAI 2012

KOMMENTAR

Nur noch Schadensbegrenzung

VON CHRISTIAN TREPTOW

Worte sind im Altrip-Beitragsstreit genug gewechselt. Jetzt muss endlich eine Entscheidung her.

Der Altrip-Gemeinderat hat zum vierten Mal entschieden, dass er den Vorschlag der Verwaltung für die Berechnung der Erschließungsbeiträge nicht tragen will. Gutachter Alexander Kukik hatte den Vorschlag als „sichersten und besten Weg“ bezeichnet. Aber offenbar scheint man dem Urteil des Experten nicht folgen zu wollen. Warum will die Mehrheit des Gemeinderates diesen sicheren Weg nicht gehen? Sie bekäme Rechtssicherheit für die gesamte Gemeinde. Man würde vermeiden, sich juristisch angreifbar zu machen.

Jetzt ist wieder die Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung gefragt. Die Verwaltung will von dieser gar fordern, eine Entscheidung notfalls per kommunalaufsichtlicher Anweisung oder von einem staatlichen Beauftragten zu bekommen. Wie auch immer die Entscheidung ausfällt: Verwaltung und Rat tun gut daran, diese dann zu akzeptieren. Die Zeche zahlt übrigens – so sieht es im Moment aus – der Altrip-Bürger. Auch der, der im betroffenen Gebiet kein Wochenendhäuschen hat. Ob das die Gerechtigkeit ist, die die Mehrheit des Gemeinderats im Sinn hat?

Auf einem Querbalken an der Decke des Sitzungssaals im Altrip-Rathaus steht: „Nach großen Worten mögen Taten folgen.“ Diese Chance hat der Rat bei den Erschließungsbeiträgen längst verspielt. Es geht nur noch um Schadensbegrenzung. Eine Entscheidung muss endlich fallen.